

Die Europäische Union. Herausforderungen und Chancen für die europäische Wissenschaftsgemeinschaft

L'Unione Europea. Sfide e opportunità per la comunità scientifica europea

Deutsch-Italienisches Symposium / Simposio Italo-Tedesco

Vortragssammenfassungen / Abstracts delle relazioni

Wissenschaft und Forschung als Motoren der europäischen Integration? Eine historische Perspektive

**Corinna R. Unger, Professorin für Globale und Koloniale Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts,
Europäisches Hochschulinstitut Florenz**

Die vielfältigen Herausforderungen, vor denen das ‚Projekt Europa‘ steht, sind allgegenwärtig, und sie stellen viele der etablierten Annahmen über den Prozess und das Ziel der europäischen Integration in Frage. Dies gilt auch für die historische Interpretation des Einigungsprozesses, die lange Zeit als eine der wenigen ‚Erfolgsgeschichten‘ des ansonsten von Konflikten und Gewalt gekennzeichneten zwanzigsten Jahrhunderts galt. Die erste Generation der historischen Integrationsforschung beschäftigte sich vor allem mit den Bemühungen westeuropäischer Politiker, nach der Erfahrung zweier Weltkriege nationalistische Tendenzen zu überwinden und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Grundlage einer friedlichen Nachkriegsordnung zu machen. Die spezifischen nationalen Interessen einzelner Länder (etwa die Sorge Frankreichs vor einem neuerlichen Erstarken Deutschlands) und der Umstand, dass es trotz der gewaltsamen Erfahrungen gelang, einen Interessensausgleich zu erzielen, erhielten dabei besondere Aufmerksamkeit. Als ebenfalls einflussreich galt in der Forschung der Kalte Krieg, konkret das Interesse der USA, ein geeintes Westeuropa als Gegengewicht zum sowjetisch dominierten Machtbereich zu etablieren. Aus dieser Perspektive erschien die europäische Integration als funktionaler Ausdruck einer globalen Ordnungspolitik, die erst später ihre eigene Dynamik entfaltete und in jenen Prozess mündete, der als ‚Europäisierung‘ beschrieben worden ist: die Entwicklung spezifischer europäischer Institutionen, die eine genuin supranationale Qualität besitzen.

Angesichts der Erschütterungen und der Verunsicherung, die die europäischen Finanz- und Wirtschaftskrisen, der Brexit und die populistisch-nationalistischen Bewegungen in vielen Befürwortern Europas ausgelöst haben, stellen sich auch neue Anforderungen an die Geschichtswissenschaft. Wichtig scheint es vor allem, jene konzeptionelle Engführung zu überwinden, die einen Teil der älteren Forschung zur europäischen Integrationsgeschichte kennzeichnete: die inhärent teleologische Annahme, dass der Einigungsprozess trotz aller Konflikte letztlich an Intensität zunehmen und zur vollständigen Integration der Mitglieder in die Europäische Union führen würde. Wenn jedoch, wie es gegenwärtig kontrovers diskutiert wird, die europäische Integration in der bislang angenommenen Form nicht alternativlos ist, gilt es, neue Fragen zu stellen und bisher weniger beachtete Probleme zu bearbeiten. Es muss neu evaluiert werden, welche Faktoren es waren, die in der Nachkriegszeit jene historische Konstellation hervorbrachten, in der die Aufgabe nationaler Souveränität zugunsten supranationaler Mechanismen denkbar und wünschenswert erschien. Darüber hinaus müssen sich Historikerinnen und Historiker mit der Frage auseinandersetzen, welche Interessensgegensätze und Konflikte im Verfahren der europäischen Integration bereits enthalten waren und welche Folgen sie für die gesellschaftliche Wirkung und Wahrnehmung Europas hatten.

Die Geschichtswissenschaft kann auf diese Weise einen Beitrag dazu leisten, die Gründe für den zeitweiligen Erfolg der europäischen Integrationspolitik ebenso wie für die wachsende Kritik an ihr besser zu verstehen. Dazu ist es für sie als Fach erforderlich, die konzeptionelle Engführung auf die Ebene der hohen Politik zu überwinden und weitere Akteure in den Blick zu nehmen, die auf unterschiedliche Weise am ‚Projekt Europa‘ beteiligt waren, wenn auch zum Teil in weniger sichtbaren Positionen. Die zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, ihre Erwartungen an und ihr Verhältnis zu Europa, und nicht zuletzt die soziale (wissenschaftliche, berufliche, persönliche) Praxis, in der europäische Integration zur Selbstverständlichkeit geworden ist, müssen systematischer untersucht werden. Ein solcher Zugang erlaubt es, die europäische Integration als einen integrativen, von gesellschaftlichen Wechselwirkungen und den mit ihnen einhergehenden Widersprüchen gekennzeichneten Prozess zu begreifen.

Der Bereich Wissenschaft und Forschung stellt ein eigenes Akteursfeld dar, das an diesem Prozess beteiligt war. Dieses Feld steht in diesem Beitrag im Mittelpunkt. Konkret geht es um die Frage, wie sich Vertreter von Wissenschaft und Forschung zum politischen Projekt der europäischen Integration verhielten, welche ökonomischen und institutionellen Interessen sie mit ihm verbanden, welche Risiken sie in ihm sahen und welche Handlungs- und Gestaltungsspielräume sie besaßen, um den Prozess in ihrem Sinne zu gestalten. So lässt sich beobachten, dass Wissenschaft und Forschung politischen Akteuren als Mittel der Integration dienten. So trat etwa Großbritannien in den 1960er Jahren für gemeinsame Forschungsprojekte und eine Koordination der Wissenschaftspolitik ein, um auf diese Weise die Chancen für einen britischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft gegen den Widerstand Frankreichs zu erhöhen. Im Kontext der Détente Anfang der 1970er Jahre versuchten europäische Politiker, Wissenschaft und Forschung als ein vermeintlich politisch neutrales Handlungsfeld zu nutzen, um die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu den Staaten des Ostblocks zu verbessern. Zugleich finden sich zahlreiche Hinweise darauf, dass Vertreter von Wissenschaft und Forschung ganz eigene Interessen und Ziele verfolgten, die nicht notwendig identisch mit der politischen oder wirtschaftlichen Entwicklung Europas waren, aber zum Teil dennoch dazu beitrugen, den Prozess der europäischen Integration oder der Europäisierung zu befördern. Zu denken wäre hier an die Gründung der European Science Foundation und des Europäischen Hochschulinstituts, aber auch an die Aktivitäten von

Unternehmen, die eigene Forschungsabteilungen aufbauten und länderübergreifende Forschungsprojekte durchführten. Anhand dieser und weiterer Beispiele diskutiert der Beitrag die sich wandelnde Rolle von Wissenschaft und Forschung im Prozess der europäischen Integration zwischen den 1950er und den 1980er Jahren.

L'evoluzione storica dell'UE - Scienza e Ricerca: uno stimolo per l'integrazione europea?

Corinna Unger, Professore di storia globale e coloniale del secolo XIX e XX, Istituto Europeo di Firenze

Le sfide diffuse che il progetto europeo si trova oggi ad affrontare mettono in discussione molte delle convinzioni riguardanti il processo e lo scopo dell'integrazione europea. Ciò è valido ugualmente per l'interpretazione storica del processo d'unificazione in Europa, che per tanto tempo è stato visto come uno dei pochi successi del XX secolo, contrassegnato in larga misura da conflitti e violenze. Dopo l'esperienza di due guerre mondiali, la prima fase di studi sull'integrazione europea trattava soprattutto degli sforzi compiuti da figure politiche dell'Europa occidentale per superare le tendenze nazionalistiche e stabilire una collaborazione economica come fondamento di un ordine postbellico pacifico. Gli interessi specifici nazionali dei singoli paesi (per esempio la preoccupazione della Francia per un nuovo rafforzamento della Germania) e il fatto che, nonostante il passato violento, si sia riusciti a raggiungere una comunanza di interessi, hanno ricevuto un'attenzione particolare. La guerra fredda è stata parimenti centrale nella ricerca, in particolare l'impegno degli Stati Uniti per la ricostruzione dell'Europa occidentale, intesa come contraltare della sfera d'influenza sovietica. Da questa prospettiva l'integrazione europea appariva l'espressione funzionale di una politica che puntava all'ordine globale e che solo in un secondo momento rivelò una dinamica propria e diede vita a quel processo descritto come "europeizzazione": vale a dire la nascita di istituzioni compiutamente europee e dunque con caratteristiche sovranazionali.

Gli sconvolgimenti e le incertezze che in Europa hanno causato la crisi finanziaria ed economica, la Brexit e la nascita di movimenti populistico-nazionalisti in Europa, richiedono nuove indagini da parte della ricerca storica. Essenziale è superare alcuni angusti concetti tradizionali che hanno contrassegnato una parte della ricerca sulla storia dell'integrazione europea: e soprattutto la concezione teleologica secondo cui, nonostante i conflitti, il processo d'unificazione si sarebbe rafforzato e avrebbe infine portato all'integrazione completa dei paesi membri dell'Unione Europea. Se però l'integrazione europea, come emerso di recente, non è senza alternative come finora affermato, è necessario porsi nuove domande e ragionare su problemi da sempre tenuti in minore considerazione. Si deve valutare quali siano stati i fattori che hanno favorito quella costellazione storica nel dopoguerra che ha reso la cessione di sovranità nazionale a favore di meccanismi sovranazionali concepibile e desiderabile. Oltre a ciò gli studiosi dovrebbero domandarsi quali siano stati gli interessi contrastanti e i conflitti già allora presenti nel percorso dell'integrazione europea, e quali conseguenze abbiano avuto sulle realtà sociali e sulla percezione pubblica dell'Europa.

La ricerca storica può in tal senso dare un contributo sia per meglio comprendere le ragioni del successo temporaneo della politica d'integrazione europea sia per capire a fondo le critiche crescenti. Per questo è

necessario che essa vada oltre l'indagine confinata all'alta politica e tenga conto di altri attori che in forme diverse hanno contribuito al progetto europeo, anche se da posizioni meno visibili. Inoltre andranno analizzati più sistematicamente i gruppi e le organizzazioni della società civile, le loro aspettative e il loro rapporto con l'Europa, includendo quelle pratiche sociali (scientifiche, professionali, individuali), grazie alle quali l'integrazione europea è diventata una dimensione naturale della nostra vita quotidiana. Tale approccio permetterebbe di considerare criticamente l'integrazione europea come un processo integrativo segnato da interazioni sociali e dalle contraddizioni da esse causate.

La ricerca e la scienza sono state parte attiva di tale processo e costituiscono il punto centrale di questo contributo. Nel concreto si tratta di chiedersi in che modo gli attori della scienza e della ricerca si siano relazionati al progetto politico d'integrazione europea; quali interessi economici e istituzionali li abbiano legati ad esso; quali siano stati i rischi nel prendervi parte e quali le libertà d'azione e di espressione al fine di per contribuirvi con le proprie idee. È possibile osservare come scienza e ricerca abbiano rappresentato per gli attori politici uno strumento di integrazione. A prova di ciò basti guardare alla Gran Bretagna, che negli anni Sessanta del XX secolo favorì i progetti di ricerca scientifica comuni e una maggiore coordinazione delle politiche della ricerca, per aumentare le possibilità di un'adesione inglese alla comunità europea contro le resistenze della Francia. Allo stesso modo, nel contesto della distensione all'inizio degli anni '70, i politici europei usarono la scienza e la ricerca come campo d'azione apparentemente neutrale dal punto di vista politico per migliorare le relazioni dell'Europa unita con i paesi dell'Europa orientale. Vi sono comunque prove di come i rappresentanti della scienza e della ricerca abbiano seguito interessi e obiettivi del tutto specifici, che non necessariamente coincidevano con lo sviluppo politico o economico europeo, e che tuttavia contribuirono in parte a promuovere il processo d'integrazione europea e di "europeizzazione". Si pensi alla fondazione della "European Science Foundation" e dell'Istituto Universitario Europeo, o ancora alle attività di aziende che hanno istituito interi settori dedicati alla ricerca, dando vita a progetti transnazionali. Con questi e altri esempi il contributo discute i cambiamenti del ruolo della scienza e della ricerca nel processo d'integrazione europea tra gli anni '50 e '80 del secolo scorso.

Die EU als Rechts- und Wertegemeinschaft

Angelika Nußberger, Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und Leiterin des Instituts für Ostrecht, Universität zu Köln

Die 60-jährige Geschichte der EU lässt sich in zwei große Phasen unterteilen. Auf drei Jahrzehnte pragmatische Wirtschaftspolitik, auf die sich eine kleine Gruppe homogener Staaten verständigt, folgen drei Jahrzehnte, in denen eine immer größere Zahl von immer heterogeneren Staaten eine immer engere Rechts- und Wertegemeinschaft zu definieren versucht. Der Konsens über allgemeine Prinzipien wird brüchig, sobald es um die inhaltlich-konkrete Ausgestaltung geht. Rechtsstaat ja, aber welcher Rechtsstaat? Demokratie ja, aber welche Demokratie? Menschenrechte ja, aber welche Menschenrechte? Der Diskussionsprozess ist

offen, nicht zuletzt, da die in den verschiedenen Staaten vorherrschenden Vorstellungen in der Tendenz eher zu divergieren als zu konvergieren scheinen.

La cornice giuridica dell'UE: una comunità basata sul diritto e sui valori condivisi

Angelika Nußberger, Vicepresidente della Corte europea dei diritti dell'uomo e direttrice dell'istituto per il Diritto dell'Europa dell'est, Università di Colonia

La storia dei sessant'anni dell'Ue si può dividere in due grandi fasi. Dopo tre decenni di pragmatismo in materia di politica economica, su cui si è accordato un piccolo gruppo di stati omogenei, seguono tre decenni durante i quali un numero sempre più grande di stati eterogenei tra loro prova a definire una comunità più stretta di diritti e di valori. Il consenso relativo ai principi generali risulta fragile non appena si entra nel merito dei contenuti. Stato di diritto sì, ma quale stato di diritto? Democrazia sì, ma quale democrazia? Diritti umani sì, ma quali diritti umani? Il tavolo di discussione è più che mai aperto, poiché le idee dominanti nei vari paesi membri mostrano una tendenza a divergere piuttosto che a convergere.

Das Mehrebenensystem der EU: Demokratie und Forschung

Simona Piattoni, Professorin für Politikwissenschaft, Universität

Die Europäische Union leidet seit vielen Jahren an einem Defizit an demokratischer Legitimation, das sich zuletzt, angesichts der drängenden Krisen und der nationalistischen wie populistischen Tendenzen, noch verschärft hat, die ihrerseits Folgen der Krisen sind. Dieses Defizit ist Ergebnis der besonderen institutionellen Konfiguration der Europäischen Union sowie – allgemeiner gesagt – Folge der (physischen und psychologischen) Distanz der Institutionen von den europäischen Bürgern. Vertreter von Wissenschaft und Gesellschaft streiten seit vielen Jahren darüber, welches eigentlich die genaue Form der europäischen „Politie“ ist: Handelt es sich um eine auf besondere Weise gegliederte und institutionalisierte internationale Organisation? Um eine Konföderation *sui generis*? Oder gar um eine Föderation im *status nascendi*? Gestritten wird auch darüber, welche dieser möglichen Formen politisch die nachhaltigste sei. Und weiter: Ob man im Falle der Union tatsächlich von „Demokratie“ sprechen könne und wenn ja, um welche Demokratie es sich handele.

Keine Übertragung von Typen und Modellen von Demokratie, die aus den diversen nationalen Erfahrungen stammen (ob parlamentarisch oder präsidential, ob Ausdruck der Mehrheit oder auf Konsens angelegt, ob eher im Sinne einer Machtkonzentration oder im Sinne von Gewaltenteilung), erzielt ausreichende Zustimmung. Die Wissenschaftler und Bürger jedes Mitgliedsstaates orientieren sich instinktiv an dem Modell, das sie am besten kennen, und sind misstrauisch gegenüber Modellen, die sie weniger gut kennen. Jeder einzelne Typus und jedes einzelne Modell umfasst die Geschichte, die Entscheidungen, die Krisenmomente

und die erfolgreichen Lösungen des jeweiligen politischen Systems. Dieses besitzt folglich eine implizite, tiefe Legitimität, sowohl bei der Bevölkerung als auch bei den Wissenschaftlern. Die jeweiligen nationalen wissenschaftlichen *Communities* besitzen zwar ein größeres und ausgefeilteres analytisches Instrumentarium, aber auch sie hängen oft stark von ihren nationalen Debatten ab. Letztere wollen meist eher das vorhandene Demokratie-Modell verbessern, als es von Grund auf reformieren. Man könnte sagen, dass es sich dabei um einen schlichten Ausdruck von „Verfassungspatriotismus“ handelt. Alle müssen folglich eine besondere Anstrengung unternehmen, um sich von den vertrauten Typen und Modellen zu lösen und die Herausforderung anzunehmen, sich neue Typen und Modelle vorzustellen, die der Europäischen Union adäquat sind.

Unserer Wissenschaftlergeneration fällt unter anderem die Aufgabe zu, den Bürgern den Mehrebenen-Charakter der Europäischen Union zu erklären sowie deren Evolution und Wachstum dank Krisen und mutigen Entscheidungen und vor allem ihre vielgestaltige, komplexe Architektur. Ohne eine solche Operation des „Lesen-Lernens“ im Umgang mit den Institutionen, Verfahren, Handlungsfeldern und mit der Entwicklungsgeschichte der Europäischen Union ist es nicht möglich, die Bürger an einer offenen, allgemeinen Debatte über die Form, die wir der Union geben wollen, zu beteiligen. Ich bin absolut überzeugt, daß die Herausforderung für alle Mitspieler darin besteht, sich einen neuen Typ „Staat“ und ein neues Modell „Demokratie“ vorzustellen, die imstande sind, inklusive Entscheidungsprozesse ebenso zu stärken wie die kollektive Übernahme der Verantwortung für die Entscheidungen sowie gemeinsam getragene Mechanismen für Kontrolle und Korrektur.

Noch liegt kein fertig ausgearbeitetes Modell der Mehrebenen-Demokratie vor, welches Regierungsfunktionen nicht nur an die nationale und die supranationale Ebene delegiert, sondern auch an Institutionen unterhalb der nationalen Ebene und an Träger der „civil society“. Aber meine eigene Forschung ging in den vergangenen Jahren dahin, neue Prinzipien, Mechanismen und Instrumente demokratischer Beteiligung an den Entscheidungen zu entwickeln, jenseits des konventionellen Begriffs von Demokratie verstanden als „Vertretung und *accountability*“. Man braucht für solche Überlegungen den Mut, vertraute Schemata loszulassen, liebgewonnene Begriffe neu zu definieren und in wachsendem Umfang mit neuen Formen demokratischer Teilhabe zu experimentieren *und* gleichzeitig zu versuchen, den Bürgern den Grund für die Neuerungen zu erklären und ihnen klarzumachen, warum diese Innovationen ohne Voreingenommenheit und Vorurteile abgewogen werden sollten.

„Vorurteil“ ist ein Terminus, den ich in den neueren Untersuchungen, die ich gemeinsam mit italienischen und deutschen Kollegen durchgeführt habe, häufig benutze. Er dient dazu, bestimmte kommunikative Diskurse zu analysieren, die vor allem im Rahmen der Euro-Krise hervorgetreten sind. Im Angesicht der drängenden Krise und der beständig wachsenden Schwierigkeiten einiger Mitgliedsstaaten, die Stabilitäts- und Wachstumskriterien zu erfüllen, tauchten Vorurteile und Stereotypen auf, nicht nur in Massenblättern, sondern auch in Erklärungen von Politikern und nicht zuletzt in den Arbeiten von Wissenschaftlern. Auf Stereotype zurückzugreifen und sich Vorurteile zu bedienen, um ein Verhalten zu erklären, das wir nicht teilen, ist eine verständliche Reaktion, aber man sollte ihr widerstehen und sie bekämpfen; jedenfalls deutet sie auf die Schwierigkeit hin, Ereignisse in einen überzeugenden, erhellenden Gesamtzusammenhang einzuordnen.

Wenn eine neue Konzeption von Mehrebenen-Demokratie ausgearbeitet werden soll (und zwar „neu“ für alle Mitgliedsstaaten und für sämtliche politisch-philosophischen Traditionen), muss zum einen eine Reihe von

engen bilateralen Dialogen zwischen den europäischen Ländern angestoßen werden; zum anderen muss man sich um Aufklärung in einem weiteren Radius zwischen allen Ländern der Union bemühen und eine echte, übergreifende Kenntnis voneinander stärken. Die Kenntnis der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Kulturen muss gestärkt werden; dabei muss man der Versuchung widerstehen, sie einfach abzutun, ohne sie wirklich verstanden zu haben, beziehungsweise – was noch schlimmer ist: sie als Camouflage niedriger, zweckgerichteter Motive zu betrachten. Man muss in die Kenntnis der politisch-kulturell-rechtlichen Traditionen der verschiedenen Mitgliedsstaaten investieren. Man sollte dafür sorgen, dass die kurz-, mittel- und langfristigen Faktoren anerkannt werden, die das Verhalten der Massen und der Eliten erklären.

Il sistema multilivello dell'Unione Europea: democrazia e ricerca

Simona Piattoni, Professore di scienza politica, Università di Trento

L'Unione europea soffre già da molti anni di un deficit di legittimità democratica che si è ultimamente aggravato sotto l'incalzare delle crisi e delle tendenze nazionalistiche e populiste che esse hanno scatenato. Esso deriva dalla particolare configurazione istituzionale dell'Unione europea e, più in generale, dalla distanza – fisica e psicologica – delle istituzioni dai cittadini europei. La comunità socio-scientifica dibatte da molti anni quale sia la forma esatta della polity europea – se si tratti di un'organizzazione internazionale particolarmente articolata e istituzionalizzata, di una confederazione sui generis o addirittura di una federazione allo stato nascente – e quale di queste possibili forme sia politicamente più sostenibile. Dibatte pertanto anche se nel caso dell'Unione si possa effettivamente parlare di democrazia e, se sì, di che democrazia si tratti.

L'applicazione all'Unione di tipi e modelli di democrazia derivati dalle esperienze nazionali – parlamentare o presidenziale, maggioritario o consensuale, a fusione dei poteri o a separazione dei poteri – non riesce a consolidare un consenso sufficientemente ampio. Gli studiosi e i cittadini di ciascuno stato membro istintivamente si orientano verso il modello che conoscono meglio e sono sospettosi nei confronti di modelli che conoscono di meno. Ogni tipo e modello di democrazia riassume in sé la storia, le scelte, i momenti di crisi e le soluzioni di successo di ciascun sistema politico che è pertanto dotato di una legittimità tacita e profonda tanto presso la popolazione quanto presso gli studiosi. Anche le comunità scientifiche nazionali, seppure dotate di strumenti analitici più ampi e sofisticate, sono spesso molto dipendenti dal dibattito nazionale che per lo più mira a migliorare il tipo di democrazia esistente che a riformarla dalle fondamenta. Potremmo dire che si tratta di una manifestazione rudimentale di 'patriottismo costituzionale'. E' pertanto necessario da parte di tutti uno sforzo particolare per distaccarsi dai tipi e modelli meglio conosciuti e per accettare la sfida di immaginare nuovi tipi e modelli adatti all'Unione europea.

Spiegare ai cittadini la natura multilivello dell'Unione europea, la sua evoluzione incrementale attraverso momenti di crisi e scelte coraggiose e, soprattutto, la sua architettura composita e complessa è uno dei compiti che ricadono sulla nostra generazione di studiosi. Senza questa opera di alfabetizzazione alle istituzioni, alle procedure, gli ambiti di azione e all'evoluzione dell'Unione europea non si può pensare di coinvolgere i cittadini in un dibattito aperto e condiviso sulla forma che vorremo dare all'Unione stessa. E' mia convinzione profonda che la sfida per tutti è immaginare un tipo di stato e un modello di democrazia nuovi, che siano capaci di

favorire processi decisionali inclusivi, assunzione delle responsabilità per le scelte effettuate collettiva e meccanismi di controllo e correzione partecipati e condivisi.

Pur non avendo ancora elaborato un modello fatto e finito di democrazia multilivello, che assegni un ruolo di governo a istituzioni subnazionali e ad espressioni della società civile oltre che alle istituzioni nazionali e sovranazionali, la mia personale ricerca negli ultimi anni è andata appunto nella direzione di estrapolare principi, meccanismi e strumenti nuovi di condivisione democratica delle scelte andando al di là di una concezione convenzionale di democrazia come 'delega e accountability'. Questa riflessione richiede il coraggio di allontanarsi da schemi conosciuti, di ridefinire concetti acquisiti e di sperimentare incrementalmente con forme nuove di partecipazione democratica cercando contemporaneamente di spiegare ai cittadini il perché delle innovazioni e perché esse debbano essere valutate senza pregiudizi.

'Pregiudizio' è stato un termine che ho utilizzato frequentemente nelle mie ricerche più recenti, condotte insieme a colleghi italiani e tedeschi, per analizzare alcuni dei discorsi comunicativi che sono circolati soprattutto in occasione della crisi dell'euro. Sotto l'incalzare della crisi e delle sempre crescenti difficoltà che alcuni stati membri incontravano nel conformarsi ai parametri di stabilità e crescita, pregiudizi e stereotipi hanno fatto capolino non solo nella stampa popolare ma anche nelle dichiarazioni di personaggi politici nonché negli scritti di scienziati sociali. Ricorrere a stereotipi e attingere a pregiudizi per spiegare comportamenti che non condividiamo è reazione comprensibile, ma che va resistita e combattuta **ma** che rivela la difficoltà di collocare gli eventi in un quadro esplicativo convincente.

Nell'elaborare una nuova concezione di democrazia multilivello – nuova per tutti gli stati membri e tutte le tradizioni politico-filosofiche – occorre non solo favorire una serie di serrati dialoghi bilaterali fra paesi europei, ma anche favorire una vera e propria conoscenza trasversale in uno sforzo di apprendimento ad ampio raggio fra tutti i paesi dell'Unione. E' necessario pertanto favorire la conoscenza delle reciproche culture politiche ed economiche senza cedere alla tentazione di liquidarle sommariamente prima di averle comprese a fondo o, peggio, di considerarle come camuffamenti di motivazioni ben più basse e strumentali. Occorre quindi investire nella conoscenza delle tradizioni politico-culturali-legali dei vari paesi membri e favorire l'apprezzamento dei fattori di breve, medio e lungo periodo che spiegano i comportamenti delle masse e delle élites.